Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.40 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Durch die Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.20 Mk., monatlich 4.40 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 40 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 100 Pfg., sonst 150 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 234 — Freitag, den 8. Oktober 1920 — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Das Reichsverkehrsministerium hofft für die nächste Zeit eine Verkehrseinschränkung vermeiden zu können.

•

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz ist gestern zu Besprechungen über wirtschaftspolitische Fragen in München eingetroffen.

•

Auf der Brüsseler Konferenz wurden alle Kommissionsberichte einstimmig angenommen.

•

Einem Telegramm aus Riga zufolge wird die Unterzeichnung des Präliminarfriedens zwischen Polen und Rußland am Freitag in einer öffentlichen Sitzung erfolgen.

Lloyd George und Genf.

Die Frage der Genfer Konferenz ist in ein neues Stadium getreten und zwar wird es kundgetan aus einer Reutermeldung, aus der sich ergibt, daß Lloyd George an dem Standpunkt festhalten wird, daß die Wiedergutmachungsfrage in Genf verhandelt werden soll. Dadurch werden zweifellos die französischen Träume zerstört und die Illusionen der Politiker, die darauf hinausgehen, die Wiedergutmachungsfrage nur vor dem Wiedergutmachungsausschuß zu verhandeln. Eine solche Verhandlung hätte zur Folge gehabt, daß Deutschland wiederum, ähnlich wie in Spa, das Diktat des Wiedergutmachungsausschusses hätte entgegennehmen müssen. Deutschland sollte bei den Verhandlungen nicht gleichberechtigter Partner sein, denn wenn Deutschland in dieser Eigenschaft erschienen wäre, dann hätten sowohl Frankreich als Belgien, hätten Millerand bezw. sein Nachfolger Lebgues und Delacroix ihre Forderungen bedenklich herabschrauben müssen. Es waren gleich Zweifel vorhanden, ob sich England und Italien den französischen und belgischen Wünschen anschließen würde. Giolittis Verhalten in Aix-les-Bains ließ es möglich erscheinen, daß Italien gegen die von französisch-belgischer Seite gewünschte Verhandlungsform nichts einzuwenden hätte. Freilich enthielt das damals öffentliche Kommuniquee kein Wort über die Wiedergutmachungsfrage, aber die Aeußerungen der französischen Presse mußten den Anschein erwecken, als ob zwischen Millerand und Giolitti ein völliges Einvernehmen erzielt worden sei. Welche Beweggründe nun Lloyd George zu seiner Stellungnahme gegen den französisch-belgischen Plan bestimmt haben, ist vorderhand noch nicht klar ersichtlich, wenn man nicht den Beweggrund gelten lassen will, daß Lloyd George von Anfang an Gegner der Wünsche Millerands und Delacroix war. Er muß demnach wohl jetzt den Zeitpunkt für gekommen erachten, um mit einer klaren Stellungnahme hervorzutreten. Wie sich die Angelegenheit weiter entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Die Zusammenkunft von Delacroix und Lloyd George wird vermutlich schon Klarheit über das Schicksal der Genfer Konferenz bringen. Der Gegensatz zwischen Frankreich und Belgien einerseits und England andererseits läßt sich nun nicht mehr verheimlichen. Die offene Stellungnahme Lloyd Georges wird vielleicht auch Giolitti veranlassen, nunmehr ein klares Wort in der Genfer Angelegenheit zu sprechen. Deutschland ist wiederum in der Lage, abwarten zu müssen. Der deutsche Standpunkt hat sich nicht geändert. Wir sind bereit, Belgien und Frankreich so weit wie möglich entgegenzukommen, da sie an der Wiedergutmachungsfrage in erster Linie interessiert sind, wir gehen aber auf keine Konferenz, auf der wir nicht als gleichberechtigte Verhandlungsteilnehmer angesehen werden, und wir können auf keine Konferenz gehen, die wiederum mit einem Diktat, so ähnlich wie in Spa, endigen wird.

•

Deutsch-französische Annäherung in Brüssel?

Der N. A. C. berichtet aus Brüssel: Alle Aufmerksamkeit ist auf die Sensation des Tages, nämlich die wachsende Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich gerichtet. Die deutschen Vertreter scheinen auffallend zufrieden und im allgemeinen wirkt diese Entwicklung der Sachlage auf die übrigen Delegierten sehr erfrischend. Die Konferenz selbst hat keinerlei Fortschritte gemacht, weil die Ausschußarbeiten noch nicht fertig sind. Mittwoch abend fand ein Empfang der Delegierten im Gebäude der belgischen Nationalbank statt. Auch dort war die Stimmung sehr freundschaftlich und allgemein wurde bemerkt, daß die Deutschen und Franzosen sich gegeneinander benahmen, als ob nie ein Konflikt zwischen beiden Ländern bestanden hätte. Man hat den Eindruck, daß die französische Presse einen Umschwung vorbereitet. Man weiß aber nicht, welches die Ursachen sind, die diese Wendung herbeigeführt haben und ob es der Druck der Umstände war oder der Druck Englands.

(Man muß abwarten, wie die Dinge sich weiter entwickeln. Die ganze Meldung hat einen stark optimistischen Anstrich. Schließlich kommt doch alles darauf an, ob Frankreich in der Frage der Wiedergutmachung zu einem wirklichen Entgegenkommen bereit ist.)

Die Konferenz vor dem Abschluß.

Die deutschen Delegierten auf der Brüsseler Konferenz haben ihre Rückkehr nach Deutschland für Freitag kommender Woche in Aussicht gestellt. Nach den letzten Brüsseler Meldungen sind die Delegationen aufgefordert worden, ihre Schlußanträge für das Plenum der Konferenz bis Sonnabend dem Generalsekretär einzureichen.

Ein neuer Anschlag gegen Oberschlesien.

Wie Temps mitteilt, ist eine Abordnung des polnischen Verteidigungskomitees aus Oberschlesien in Paris angekommen. Diese Abordnung hat die Absicht, vom Völkerbund die Entziehung des Stimmrechts für die außerhalb Oberschlesiens wohnenden Oberschlesier zu verlangen.

•

Merkt man, worauf die Polen hinaus wollen? Der blutige Terror, den sie in den letzten Monaten über Oberschlesien verhängt haben, ist ihnen noch keine ausreichende Gewähr dafür, daß das Land bei der Abstimmung an Polen fällt. Der klare Wortlaut des Versailler Vertrages gibt ja, wie jedem außerhalb der Heimat wohnenden gebürtigen Oberschlesier das Recht, am Tage der Abstimmung sein Wahlrecht auszuüben, und daß die vor der polnischen Gewaltherrschaft ins Innere Deutschlands geflohenen Oberschlesier nicht gerade für Polen stimmen würden, dürfte selbstverständlich sein. Durch das oben gemeldete Vorgehen beim Völkerbund will man diese Möglichkeit der Rettung Oberschlesiens für das deutsche Mutterland ein für allemal abschneiden. Ginge der Völkerbund auf dieses Ansinnen ein, dann wäre nichts weiter nötig, als den einmal begangenen Terror recht nach der Kunst fortzusetzen; unter dessen Drucke würden immer weitere deutsche Familien das Land verlassen und in Oberschlesien wäre dann zur Zeit der Abstimmung derselbe Zustand erreicht, wie heute im polnischen Posen — das Land wäre vom deutschen Element so gut wie völlig entblößt. Ganz zweifellos steht auch hinter dieser neuen Aktion wieder niemand anders, als unser lieber Freund, der Franzose. Der Franzose, der sich bei jeder anderen Gelegenheit, wenn Deutschlands Nachteil es verlangt, sich auf den Buchstaben von Versailles beruft. Den maßgebenden deutschen Stellen sollte es, so meinen wir, nicht schwer fallen, die hier geplante freche Verhöhnung des Friedensvertrages zu verhindern.

Geht Lerond doch?

Nach italienischen Blättern ist bestimmt damit zu rechnen, daß General Lerond auf seinem Posten in der interalliierten Kommission für Oberschlesien in absehbarer Zeit einen Nachfolger erhalten wird. Wenn er zunächst noch einmal in sein Amt zurückkehre, so wären dafür persönliche Rücksichten maßgebend. Auch sollte er noch Gelegenheit haben, einige schwebende Streitfragen zu erledigen. Der Personenwechsel in der Leitung der Kommission sei auf die Festsetzung des Abstimmungstermins von Einfluß. Man rechne mit einer weiteren Vertagung.

Beschlüsse des Betriebsrätekongresses.

In der Sitzung des Betriebsrätekongresses am Mittwoch wurden folgende Entschließungen angenommen: Zum Referat Wissell: Die zweijährigen Versuche, die Wirtschaft wieder aufzubauen, sind gescheitert. Die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland erlebte einen kurzen scheinbaren Aufschwung nach Aufhebung der Blockade. Sie ist heute in unaufhaltsamem Verfall. Die Produktion stockt, Betriebe werden stillgelegt, abgebrochene Maschinen werden ganz oder in Teilen ins kapitalistische Ausland verschoben. Die wachsende Geldentwertung und Valutaverschlechterung sperren Deutschland die Zufuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln in steigendem Maße. Beides zusammen mit dem steigenden Bankerott der Staatsfinanzen sperrt Deutschlands internationale Kredite. Die rapide Geldentwertung läßt die Kaufkraft der breiten Massen immer weiter hinter den steigenden Warenpreisen zurückgleiten. Bei dem Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nehmen die Preise den Charakter von Monopolpreisen an. Das Kapital nützt die Situation und macht in manchen Wirtschaftszweigen glänzende Gewinne, die aus den Taschen des Volkes fließen, das immer mehr verarmt. Das Kapital sucht sich durch tausend Finten und Listen der Besteuerung zu entziehen und die Steuern auf Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger abzuwälzen. Auf dem bisherigen Wege unserer Wirtschaft kommen wir aus dem Elend unserer Lage nicht heraus. Die kapitalistische Wirtschaftslehre darf keine Geltung mehr haben, soll nicht den Millionen der werktätigen Bevölkerung absolute Verelendung und gänzlicher Untergang drohen. Die individuelle Initiative des Unternehmers, die Technik und Produktionsumfang förderte, genügt nicht, um den Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu ermöglichen. Es bedarf dazu der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige und der Stärkung des Einflusses der Hand- und Kopfarbeiter auf die übrige Wirtschaft. Aus Objekten der Wirtschaft sollen sie zu ihren Subjekten werden. Das Ziel der proletarischen Wirtschaftspolitik kann nur dahin gehen, die Verfügung über die Produktionsmittel zu erringen und die Wirtschaft auf der Grundlage des gesellschaftlichen Gemeineigentums unter planmäßiger einheitlicher Leitung als unmittelbare vergesellschaftete Produktion weiterzuführen.

Zur Sozialisierungfrage: Der Kongreß konstatiert, daß die Fortdauer des kapitalistischen Wirtschaftssystem nach dem Kriege zu einer akuten Verelendung und absoluten Verschlechterung der Lage der arbeitenden Massen geführt hat. Nur die Ueberwindung der kapitalistischen Profitwirtschaft durch die sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft sichert den materiellen und kulturellen Aufstieg der Hand- und Kopfarbeiterschaft. Der Kongreß erblickt in den Versuchen, die Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Eigentumsrechte zu reformieren, eine für den Kampf der Arbeiterklasse verderbliche Illusion. Der Kongreß fordert daher die Betriebsräte und Gewerkschaften auf, im Verein mit den Arbeiterparteien die ökonomische und politische Macht der Arbeiterklasse auf die Verwirklichung des Sozialismus zu konzentrieren. Insbesondere hält der Kongreß es für notwendig, alle Vorbereitungen zu treffen, um in dem bevorstehenden Kampfe um die Sozialisierung des Bergbaues dieses Ziel durchzusetzen.

Die Lage der sächsischen Textil-Industrie

bildete am Mittwoch den Gegenstand einer Pressebesprechung in Dresden im Ministerialgebäude. Der hierfür zuständige Referent im Wirtschaftsministerium, Geheimer Regierungsrat Florey, wies zunächst auf die überragende Bedeutung der Textilindustrie für unseren Freistaat hin. In der Vorkriegszeit waren in Sachsen über 76 000 Textilbetriebe (einschließlich des Hausgewerbes) vorhanden, das sind mehr als 47 Prozent der gesamten Industrie. Auf 10 000 Einwohner entfielen 718 in Textilbetrieben beschäftigte Personen. Während Preußen auf 100 Quadratkilometer je 14, Süddeutschland je 16 Textilbetriebe zeigte, wies Sachsen deren 510 auf. Hieraus kann man ermessen, wie verheerend der Krieg auf diese Industrie wirken mußte. Der Tiefstand der deutschen Valuta, der bis zum März d. J. zu verzeichnen war, brachte der sächsischen Textilindustrie Erholung durch glänzende Auslandsgeschäfte. Diese Verhältnisse änderten sich, als im April die gewaltige Valutasteigerung eintrat; sie führte in vielen Zweigen zur völligen Absatzstockung. Hinzu kam die verschärfte Außenhandelskontrolle und die Erhebung der sozialen Ausfuhrabgabe. Während des vergangenen Sommers verschärfte sich die Situation; Betriebseinstellungen und Entlassungen schwollen bedenklich an. Heute scheint der Höhepunkt der Krisis überschritten zu sein; in Weberei, Spinnerei und Ausrüstung ist eine allgemeine Belebung zu verzeichnen, gibt es doch heute schon Spinnereien, die voll beschäftigt sind. Die Gründe hierfür liegen einmal in dem einsetzenden Herbst- und Winterbedarf, dann in dem erneuten Valutarückgang und der dadurch bedingten Steigerung der Ausfuhr und endlich in den Maßnahmen zur Herabsetzung der sozialen Ausfuhrabgaben, die der vorläufige Ausschuß des Reichswirtschaftsrates am 18. September beschlossen hat. Ferner wird auch das System des gestaffelten Abgabetarifs (gleitende Skala der Ausfuhrabgaben) eine erleichternde Wirkung ausüben. Die sächsische Regierung wünscht für den Ausfuhrhandel der heimischen Textilindustrie möglichst weitgehende Dezentralisation des Ein- und Ausfuhrbewilligungswesens, darf andererseits aber den Außenhandel nicht schrankenlos fördern auf Kosten des Inlandsbedarfs. Die Regierung glaubte deshalb unserer Textilindustrie einen wertvollen Dienst zu erweisen durch Schaffung einer mitteldeutschen Nebenstelle der Auslandsabteilung für Textilwirtschaft, die jetzt in Leipzig eingerichtet wird. Auch die Preisprüfungsstellen haben sich glänzend bewährt und sollen weiter ausgebaut werden.

Eingehend befaßte sich Geheimrat Florey dann mit der Rohstoffversorgung. Die Krise war nicht hervorgerufen durch einen etwaigen Mangel an Rohstoffen; allerdings war ein Vollbetrieb wegen der hohen Preise unmöglich. Die Weltpreise für Rohbaumwolle sind gegenüber dem Frieden um das Vierfache gestiegen, rechnet man dazu die Valutadifferenz in Deutschland, so kommt man bei uns auf das Vierzigfache des Friedenspreises. Ein Doppelzentner mittelfeine Baumwolle kostete in Deutschland 1913 180 Mark, heute rund 6000 Mark. Diese Erwägung muß natürlich die Illusion zerstören, daß wir in absehbarer Zeit wieder Friedenspreise für Textilien bekommen. Der einzige Rohstoff, den wir im Inland erzeugen, ist Flachs; er unterliegt noch der gebundenen Wirtschaft. Die Klagen über schlechte Kohlenversorgung für die Textilindustrie sind jetzt verstummt. Der Grund dafür liegt in dem Stillegen einer großen Zahl von Betrieben. Wird das Geschäft nachhaltig belebt, dann werden auch in diesem Industriezweig die Folgen des Spaer Abkommens verhängnisvoll werden. Mit der langsam einsetzenden Be-